



Protokoll

19. Sitzung des Gemeinderates Montag, 18. Januar 2016, 19:00 Uhr bis 21:15 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle des zurückgetretenen Rudolf Locher (FDP)
- 4 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle des zurückgetretenen Rudolf Locher (FDP)
- 5 Antrag 39/2015 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2014
- 6 Antrag 41/2015 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 590/2013 "Die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG wird dem Gemeinderat vorgelegt"
- 7 Antrag 47/2015 des Stadtrates: Verordnung über die Entschädigung der Behörden (Behördenentschädigungsverordnung BEV), Anpassung
- 8 Antrag 49/2015 des Stadtrates: Kreditrahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Ustermer Vereinen, Erhöhung
- 9 Antrag 52/2015 des Stadtrates: Gesuche um quartierweise Einführung von Tempo 30 in den Quartieren Hegetsberg und Zimikerstrasse
- 10 Postulat 506/2014 von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU): Verwirklichung der Fuss- und Radwegverbindung Post-/Gerichtsstrasse - Gotthardweg (Stadthaus), Bericht und Antrag des Stadtrates
- 11 Postulat 526/2015 von Jürg Gösken (parteilos), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Beatrice Mischol (Grünliberale): Multisportives Buchholz multimobil, Bericht und Antrag des Stadtrates
- 12 Postulat 538/2015 von Walter Meier (EVP), Mary Rauber (EVP), Ursula Räuftlin (Grünliberale), Wolfgang Harder (CVP) und Ivo Koller (BDP): Kunststoffabfälle separat sammeln
- 13 Postulat 539/2015 von Balthasar Thalmann (SP): Klärung der Zukunft des Areals Stadthofsaal

14 Postulat 541/2015 von Daniel Pellegrini (FDP): Versicherungsleistungen gemeinsam mit anderen Gemeinden einkaufen

15 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Thomas Wüthrich, Präsident
Protokoll	Daniel Reuter, Parlamentssekretär
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Stadträtin Esther Rickenbacher (Unfall)
Presse	Benjamin Rothschild, AvU Philipp Wenger, Praktikant AvU

Der Präsident begrüsst die Medienleute sowie Bürgerrechtsbewerbende auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion verliest deren Präsident, Markus **Wanner**, folgende Fraktionserklärung: *Bitte hören Sie genau zu: «Die Unterbindung eines kommunalen, demokratischen Beschlusses durch einen übergeordneten Volksbeschluss ist bedauerlich». Sie fragen sich, wer eine solche Aussage gemacht hat? Welche Exekutive sich daran stört, dass ein auf kantonaler Ebene gefällter Volksentscheid kommunale Pläne verhindert? Suchen Sie nicht zu weit! Die erwähnte Regierung befindet sich in diesem Saal. Diese Stellungnahme wurde vom Ustermer Stadtrat in der Beantwortung der Anfrage 536/2015 «Eschenbüel» gemacht. Eine solche Stellungnahme stimmt mich bedenklich, sie beschäftigt mich sehr und löst einige Fragen bei mir aus: Verstehe ich das Wort Demokratie falsch? Was ist eine Volksmeinung wert? Wie steht der Ustermer Stadtrat zu den Grundwerten Demokratie und Volksmeinung?*

Ich habe deshalb die letzten Monate unserer kommunalen Politik Revue passieren lassen, im Speziellen das Verhältnis und den Umgang im Gemeinderat und zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat. Mein Fazit: Wir haben im letzten Jahr zusammen einiges erreicht, aber der Umgangston hat sich verhärtet. In vielen Diskussionen wurden mehrheitsfähige Lösungen gesucht und gefunden. Es hat auch Geschäfte gegeben, bei denen keine gemeinsame Lösung gefunden wurde. Dies oft deshalb, weil die Meinungen zu weit auseinanderlagen oder die politischen Mitstreiter zu fest zerstritten waren. Wir erinnern uns an emotionale Diskussionen im Gemeinderat, an viele Einsprachen und Beschwerden. Auch versuchte man wiederholt mit Ausstandspflicht-Anträgen den politischen Gegner zu schwächen. Ich denke da an das Geschäft Beschwerde in Sachen Volksinitiative Uster West. Die Begründungen des Ausstandsbegehrens, Sie erinnern sich, waren diffamierend, obwohl die Sachlage rechtlich klar war. Als Ausstandsgrund gelten nur persönliche Interessen und die sind meistens nicht gegeben. Wenn man das Mittel der Ausstandspflicht weiterhin so inflationär einsetzt, schliessen wir alle Mitarbeitenden in kommunalen oder kantonalen Institutionen aus, weil die Befürworter der Ausstandspflicht der Meinung sind, dass in jedem Fall ein Interessenskonflikt besteht. Neustes Beispiel ist die Besetzung eines Mitgliedes für den Zweckverband Spital Uster. Die SP nominierte mit Kathrin Agosti eine profunde Kennerin des Gesundheitswesens. Weil sie aber eine kritische Denkerin ist, die eventuell nicht der Mehrheit der Mitglieder des Zweckverbandes entsprechen könnte, suchten die SVP und die FDP nach Möglichkeiten, diese Wahl zu verhindern. Und sie finden einen Grund: Es ist eine Staatsangestellte, das geht natürlich nicht! Dabei hätte gerade dem Zweckverband eine Person gutgetan, die kritisch hinterfragt. Denn der Zweckverband hat bei der Abstimmung zur Privatisierung des Spitals total an der Bevölkerung vorbeipolitisiert. Interessant ist zu beobachten, dass Anträge zu Ausstandspflichten von bürgerlichen Parteien ergriffen werden. Diese Entwicklung ist sehr bedauerlich und bedenklich. Wir vermissen einen klaren Sachverstand. Ein anderes Thema ist der demokratische Umgang mit Einsprachen, Rekursen und Beschwerden. Zeughausareal, Turnhalle, Umfahrung Uster West. Es gab in den letzten 12 Monaten sehr viele Unmutsbezeugungen dazu. Eine Diskussion im Gemeinderat ist kein Problem, im Gegenteil, das macht Spass, wir sind gewählt zum Parlieren. Und man kann zu jedem Vorwurf sofort Stellung nehmen. Mittlerweile legendär sind die Dispute von zwei Streithähnen. Da kann man die Sekunden zählen, bis die Diskussion persönlich wird, oftmals auch diffamierend und unter der Gürtellinie. Wir wünschen uns von beiden Seiten, dass auch bei emotionalen Themen die Sache im Vordergrund bleibt und persönliche Konflikte nicht im Rat ausgetragen werden. Schwieriger wird es, wenn die Auseinandersetzungen in den Medien stattfinden. Die Gegenseite kann nicht Stellung nehmen. Aussagen und Wortspiele unseres Stadtpräsidenten im „Regio“ wie «stopper», bei dem klar auf einen Parlamentarier geschossen wird, sind für das politische Klima nicht förderlich, im Gegenteil, sie giessen Öl ins Feuer. Dazu gäbe es noch mehr Beispiele. Der Stadtrat sollte sich seiner Rolle als Exekutivbehörde bewusster sein und professionelle Distanz halten. Es zeugt von schlechtem Stil, wenn er sich despektierlich in den Druckmedien oder sozialen Medien über Parlamentarier äussert, weil diese anderer Meinung sind. In der Politik zählt nicht nur die eigene Meinung, die natürlich immer richtig ist!

Diese Tendenz stellen wir auch in den Anträgen des Stadtrats fest. Da wird von ideologischen Grundhaltungen gesprochen, wenn man nicht der Haltung des Stadtrats entspricht, z. B. bei Parkierungsfragen. Oder in einer Beantwortung schreibt der Stadtrat von einem ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Schaden, weil die Grünen eine Kulturlandinitiative lanciert haben. Er erwähnt nicht, dass diese Initiative von 55 % der Stimmberechtigten angenommen wurde. Das ist schlechter Stil. Der Stadtrat vertritt als Exekutive die ganze Bevölkerung, dessen muss er sich bewusst sein und auch so handeln.

Für die Grüne-Fraktion verliest deren Präsident, Patricio **Frei**, folgende Fraktionserklärung: *Wir Grünen haben uns gefreut, als die Stadt Uster ihren ersten Umweltbericht veröffentlichte. Dieser soll – so die Medienmitteilung vom 24. November 2015 – über den Zustand der Umwelt auf dem Gemeindegebiet informieren und aufzeigen, wo alles zum Besten steht, aber auch, wo Massnahmen erforderlich und geplant sind.*

Es ist ernüchternd: Der Abfallberg steigt unaufhaltsam, die Luft wird nicht wirklich besser, der motorisierte Verkehr auf Stadtgebiet wird nicht weniger, der Greifensee ist noch immer zu stark mit Phosphor belastet und 24 Hektaren Wald sollen für den Kiesabbau gerodet werden.

Darin vermögen wir Grünen nicht wirklich etwas Positives zu erkennen. Und wenn uns der Stadtrat das Strassenprojekt Uster West und die Moosackerstrasse als umweltschützerische Massnahmen andreht (S. 18/19), dann macht er sich gänzlich unglaublich.

Der Umweltbericht zeigt: Echte Umweltanliegen haben keinen hohen Stellenwert in der stadträtlichen, aber auch nicht in der städtischen Politik. Alles was heute monetär etwas kostet, wird nicht umgesetzt. Wenn der Stadtrat bei den geplanten Massnahmen schreibt, dass der "Einsatz erneuerbarer Energien – sofern wirtschaftlich vertretbar – gesteigert werden" soll (S. 13), dann wird deutlich, dass er noch immer im Denken der Milchbüchli-Rechnung verhaftet ist und nicht von einer umweltpolitisch korrekten Vollkostenrechnung ausgeht!

Obwohl der Stadtrat laut Bericht bei städtischen Bauten den Minergie-Standard vorsieht (S. 12), wird das neue Schulhaus Krämeracker aus Kostengründen nicht einmal gemäss diesem Standard erstellt und auf den Bau eine Solaranlage verzichtet. Ganz abgesehen davon, dass der Minergie-Standard schon längst nicht mehr das Mass aller Dinge ist.

Oder der Stadtrat lockt mit seinem Antrag für eine neue Verordnung zum gebührenpflichtigen Parkieren noch mehr motorisierten Verkehr ins Zentrum, obwohl die Feinstaub- und Ozonbelastung weiterhin hoch ist, beziehungsweise über dem Grenzwert liegt.

Wo die grössten Lücken sind, zeigt der Bericht in einer kleinen Grafik auf Seite 11. In Bezug auf Mobilität sowie Versorgung/Entsorgung ist Uster noch weit vom Plansoll entfernt. Der CO₂-Ausstoss muss nicht nur im Bereich Wärmeversorgung gesenkt werden, sondern auch im Bereich Mobilität.

Dazu müsste der Stadtrat aber auch über den Modalsplit Bescheid wissen: Welche Gruppe Verkehrsteilnehmer hat welchen Anteil am Verkehrsaufkommen? Daraus liessen sich gezielte Massnahmen zur Förderung des Fussgänger- und Veloverkehrs ableiten.

Grundsätzlich ist der Umweltbericht ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber: Gesamthaft gesehen ist er eine Enttäuschung. Und in diesem Sinne ist dieser erste Umweltbericht eher als PR-Aktion einzustufen, im besten Fall als Startschuss für zukünftige Taten. Von einer Stadt, die sich Gesundheits- und Energiestadt nennt, und von einer Gesundheitsvorsteherin, deren oberstes Ziel die Gesundheit der Ustermer Bevölkerung ist, kann, ja muss mehr erwartet werden.

Der Umweltbericht ist Vergangenheit. Beim Blick in die Zukunft halten wir Grünen uns an Stadtpräsident Werner Egli. In seinem Neujahrswort äusserte er seinen persönlichen Wunsch für 2016: „Weniger blockieren – mehr mitgestalten.“

Diesem Wunsch von Werner Egli schliessen wir Grünen uns gerne an. Weniger blockieren – mehr mitgestalten: Der Ustermer Stadtrat soll endlich den Volkswillen respektieren und den in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Nachhaltigkeitsartikel in die Tat umsetzen. Weniger blockieren – mehr mitgestalten: Der Ustermer Stadtrat soll zügig das Velokonzept realisieren und den Langsamverkehr fördern. Weniger blockieren – mehr mitgestalten: Der Ustermer Stadtrat soll vorwärts machen beim von führenden Industrienationen beschlossenen kompletten Ausstieg aus fossilen Energieträgern, keine weiteren Bauten wie das Schulhaus Krämeracker erlauben und stattdessen Plusenergiebauten den Weg ebnen.

Für die SVP/EDU-Fraktion verliest deren Präsident, Hans **Keel** (SVP), folgende Fraktionserklärung: *Die hohe Ausländerkriminalität ist allen bekannt. Ein paar Vorkommnisse in Uster mit Asylanten, die in den Medien und auf Facebook breitgeschlagen wurden, haben enorme Reaktionen ausgelöst. Grund dafür sind vor allem die vielen Fragen rund um die Vorkommnisse, die noch ungeklärt sind. Vielerorts wurden und werden die Tatsachen von den zuständigen Behörden verschwiegen oder schön geredet. Man möchte "den Ball" tief halten, nur kein Aufsehen erregen.*

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind beunruhigt, ja haben sogar Angst. Ob nun diese Verunsicherung zu Recht oder zu Unrecht besteht, ist nicht die Frage, es gilt das Problem lösen. Es wird erwartet, dass wir diese, für viele Einwohnerinnen und Einwohner unhaltbaren Zustände beheben. Die vielen Reaktionen der Bürger in Uster, die via Facebook und in Leserbriefen geäußert werden, aber auch via Zuschriften direkt zu uns gelangen, verlangen nach einer offenen und umfassenden Erklärung der Situation. Die offene Kommunikation seitens des Stadtrates ist wichtig, um das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten.

Die SVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass ziemlich viel falsch gelaufen ist. Der Zustrom von Asylanten ist gross und wird weiter anhalten. Die Probleme werden nicht kleiner. Die Entscheidungsträger sind gefordert. Sie haben in Anbetracht der schwierigen Situation gute Arbeit geleistet. Wir wollen aber die getroffenen Massnahmen nicht aus der Zeitung erfahren. Wir wollen wissen, was bezüglich Unterkunft, Betreuung, Sicherheit und vor allem auch Finanzen der Stand der Dinge ist. Wir erwarten auch, dass jetzt schon geplant wird, was in Zukunft unternommen werden muss, wenn die Asylantenzahlen weiter steigen.

Ich verwende das Wort Asylchaos bewusst, denn Chaos bedeutet Durcheinander. Wir sind der Meinung, dass die Verantwortlichen die Sache unterschätzt haben. Man war für das Ausmass, wie es vor Weihnachten eingetroffen war, nicht vorbereitet und auch zeitweise überfordert.

Für die aktuelle Reaktion des Stadtrates sind wir dankbar. Er hat rasch reagiert, die Sicherheitsmassnahmen verstärkt und somit das Bedürfnis der Bevölkerung ernst genommen.

Wir fordern, dass

- der Stadtrat vorausschauend und bereits jetzt die mögliche Entwicklung im Asylwesen in seiner Planung berücksichtigt,*
- der Ressourcenbedarf und die finanzielle Belastung der Stadt für aktuelle und zukünftige Zuweisungen von Asylanten offen gelegt werden,*
- die Sicherheitsmassnahmen den neuen Umständen angepasst werden und der Schutz der Bevölkerung erste Priorität hat.*

Persönliche Erklärung

Ursula **Räubtlin** (Grünliberale) verliest folgende persönliche Erklärung: *Ich zitiere aus meinem Votum vom 31. August 2015 zum Thema «Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips in Uster» (Postulat 512/2014): „Eine Verbesserung erwarten wir auch bei den öffentlichen Auflagen. Die Unterlagen von öffentlichem Interesse, also nicht ganz jedes private Baugesuch, aber doch beispielsweise alle Gesetzesänderungen, Gestaltungspläne oder Strassenbauprojekte – die Aufzählung ist nicht abschliessend – gehören online gestellt. Vorläufig geben wir dem Stadtrat eine Chance, seine Informationen zu verbessern und warten ab.“*

Zurzeit liegen wiederum zwei Strassenbauprojekte öffentlich auf. Und wieder einmal mehr nur in Papierform auf dem Bauamt. Man verweigert mir die Herausgabe der pdf-Pläne und des Berichtes. Ich werde getröstet mit der Aussage: „Einzelne Kopien aus den Plänen und Bericht sind möglich.“ Ich muss also während den offiziellen Öffnungszeiten hingehen und die kostbare Zeit der Sekretärin oder sogar des Projektleiters in Anspruch nehmen, um mir Fotokopien erstellen zu lassen, wo es doch ein Einfaches wäre, mir die Dateien entweder zuzumailen oder für den Download zur Verfügung zu stellen. Denn diese Unterlagen liegen ja alle auch in digitaler Version vor. Jedes Ingenieurbüro bereitet heutzutage seine Daten so auf. Nur Uster scheint immer noch irgendwo im letzten Jahrhundert stehen geblieben zu sein.

Ich warte nun gespannt auf die stadträtliche Antwort zur Anfrage 553/5016 von Silvio Foiera (EDU) über Dokument/Daten-Austauschplattform.

1 Mitteilungen

Präsident Thomas **Wüthrich**: Ich begrüsse folgende Kollegin und Kollegen, die erstmals an einer Ratssitzung teilnehmen und nach diesen Erklärungen bereits einen ersten Eindruck davon erhalten haben, was uns hier beschäftigt, und zwar Christoph Daeniker (SP), Hans Denzler (SVP), Silvio Foiera (EDU), Barbara Keel (SVP) und Jürg Krauer (FDP).

Jürg Gösken hat am 15. Dezember 2015 gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2015 betreffend seiner Abwahl als Stimmenzähler, als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK) und als Präsident der Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) beim Bezirksrat Uster Rekurs in Stimmrechtssachen erhoben. Der Stimmrechtsrekurs hat aufschiebende Wirkung. Der Bezirksrat hat mit Präsidialverfügung vom 7. Januar 2016 den Gemeinderat zur Vernehmlassung bis 9. Februar 2016 eingeladen. Der Gemeinderat hat davon erst am 11. Januar 2016 offiziell Kenntnis erhalten.

Jürg Gösken hat am 8. Januar 2016 gegen den o. g. Gemeinderatsbeschluss beim Bezirksrat Uster zusätzlich Gemeindebeschwerde erhoben, wovon der Gemeinderat am 14. Januar 2016 Kenntnis erhalten hat. Auch die Gemeindebeschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Der Bezirksrat hat mit Präsidialverfügung vom 11. Januar 2016 den Gemeinderat zur Vernehmlassung bis 12. Februar 2016 eingeladen.

Mit Wirkung ab 11. Januar 2016 nimmt Jürg Gösken seine Kommissionsmandate im Gemeinderat wieder wahr. Zudem sind Ivo Koller wieder als Mitglied der Kommission öffentliche Dienste (KÖS) und Mary Rauber als Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) im Amt.

Die Geschäftsleitung hat die Vernehmlassung eingereicht (Art. 5 Abs. 1 lit. a GeschO GR). Für beide Verfahren befindet sich Jürg Gösken im Ausstand.

Ivo Koller ist am 21. Dezember 2015 zum zweiten Mal Vater geworden. Wir gratulieren seiner Familie zum Nachwuchs. (Applaus)

Ivo Koller und seine Familie haben vor 10 Tagen zudem in der Sendung „Kulturplatz“ des Schweizer Fernsehens für Aufsehen gesorgt. Ich danke ihm und seiner Familie für ihr Engagement, das Uster in einem weltoffenen Licht erscheinen lässt.

Der Präsident des Gemeinderates hat am 11. Dezember 2015 die „Petition für Bio-Milchkühe und für Familie Zaugg im Dietsrain“, die nach eigenen Angaben von 1'040 Personen unterzeichnet worden ist, entgegengenommen und mit Präsidialverfügung vom 11. Dezember 2015 zuständigkeitshalber an den Stadtrat weitergeleitet (Art. 17 GO in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1 lit. f GeschO GR).

Die Mitglieder des Gemeinderates sind mit Zuschrift vom 6. Januar 2016 der Musikschule Uster-Greifensee zum klassischen Jahreskonzert auf Mittwoch, 27. Januar 2016, 19:30 Uhr im Gemeinderatssaal eingeladen worden.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind über die Zuschrift des Verbands des städtischen Personals Uster (VSPU) an die BVK vom 7. Januar 2016 mit dem Titel „Untragbares Vorgehen und unhaltbares Vorgehen“ informiert worden.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 17. und 18. Sitzung des Gemeinderates vom 30. November 2015 ist rechtzeitig aufgelegt. Nach einem Hinweis von Jürg Gösken wurde eine bereinigte Fassung versandt. Beanstandungen sind danach keine mehr eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle des zurückgetretenen Rudolf Locher (FDP)

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 3 GeschO GR in Verbindung mit § 107 Abs. 1 Gemeindegesetz).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz, Rolf **Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:

Jürg Krauer (FDP)

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Auszählung wird nicht verlangt.

Der Präsident erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Jürg Krauer (FDP) wird mit sofortiger Wirkung als Mitglied der RPK für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle des zurückgetretenen Rudolf Locher (FDP)

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 3 GeschO GR in Verbindung mit § 107 Abs. 1 Gemeindegesetz).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz, Rolf **Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:

Jürg Krauer (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Auszählung wird nicht verlangt.

Der Präsident erklärt den Vorgesprochenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Jürg Krauer (FDP) wird mit sofortiger Wirkung als Mitglied der KPB für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Antrag 39/2015 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2014

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): Der *Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos*, erklärte, dass der Jahresgewinn 2014 (CHF 2'458'831) in etwa der gleichen Grössenordnung wie 2013 (CHF 2'493'751) entspricht.

Die Situation ist sehr erfreulich. Es konnten Einlagen in die Reserven vorgenommen werden und eine Dividende von 6 % (CHF 600'000) ausgeschüttet werden. Die Einlage in die gesetzliche Reserve betrug CHF 10'000 und die Einlage in die freie Reserve CHF 1'248'000. Ebenso konnte eine Einlage in den Ökofonds von CHF 600'000 getätigt werden.

Im Zentrum der Stadt Uster sowie im Gebiet Uster Nord sollen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aspekte ökologische Wärmeverbände realisiert werden, welche den CO₂-Ausstoss in Uster reduzieren. Dies immer in enger Zusammenarbeit mit den Wärmeabnehmern und in Abstimmung mit der kommunalen Energieplanung.

Im Jahr 2014 wurden zwei grosse Fotovoltaik-Anlagen auf den Dächern der Reithalle sowie der Kletter- und Squash-Halle gebaut, welche zusammen rund 265'000 kWh Solarstrom produzieren. Weitere grössere Anlagen auf Ustermer Dächern sind in Planung. Im Jahr 2013 betrug der Wasserkraftanteil im allgemeinen Strom-Mix rund 90 %. In Uster ist im Jahr 2014 kein Atomstrom mehr im Strom-Mix enthalten.

Verwaltungspräsident Thomas Kübler informiert, dass das Erscheinungsbild der Energie Uster AG per 1. September 2015 neu gestaltet worden ist, und zwar parallel mit der Produkte-Entwicklung. Nach 15 Jahren ist das erfrischend.

Die Strategie mit dem vierten Standbein „Wärme“ wird weiter verfolgt. Die Herausforderungen dafür sind aber gross. Ein Konzept dafür zu erstellen ist komplex, weil diverse Kunden unterschiedlich weit sind mit ihren Bedürfnissen. Wir führen weiterhin Verhandlungen. Bei den Investitionen sind Ausgaben für das Betriebsgebäude und neue Produkte zu erwarten. Bei der Photovoltaik engagieren wir uns stark. Gesamthaft ergibt sich in den nächsten 20 Jahren ein Investitionsvolumen von über CHF 70 Millionen zusätzlich zu den normalen Investitionen. Bei den Energiepreisen sind wir auf dem Markt absolut konkurrenzfähig.

Patricia Bernet ist auf Ende 2014 aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten. Alfred Franz ist an der Generalversammlung vom 24. Juni 2015 zurückgetreten. Es wurde nur ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat gewählt: Alice Sachova.

Bruno Modolo, Vorsitzender der Geschäftsleitung Energie Uster AG, beantwortete kompetent weitere Fragen an der KÖS-Sitzung vom 28. September 2015.

Frage: Gibt es ein Limit nach oben für den Ökofonds? Antwort: Dem sei nicht so. Die Einlage in den Ökofonds ist abhängig vom Geschäftsgang und wird jeweils an der Generalversammlung durch die Aktionärin festgelegt.

Frage: Sind die Verbrauchszahlen rückläufig? Antwort: Wie andere Endverteiler hat auch die Energie Uster AG Kundenverluste zu verzeichnen. Es handelt sich dabei vor allem um Multisite-Kunden und diese bewegen sich im üblichen Bereich.

Frage: Für was sind die Rückstellungen beim Gasgeschäft? Antwort: Es sind Rückstellungen, um die Risiken im Gaseinkauf abzufangen.

Frage: Wird das Konzept der Strom-Tankstellen, wie im letzten Jahr erwähnt, weiter verfolgt? Antwort: Bis Ende Jahr wurden drei neue Tankstellen gebaut (Werkhof, Hallenbad und am See) und zwei weitere gesichert. Heute tanken die Kunden und Kundinnen noch gratis. Zukünftig wird die Verrechnung über Karten erfolgen. Wir haben eine Grobplanung von rund 20 solchen Tankstellen. An dieser Stelle sei den Anwesenden noch einmal herzlichst für die kompetente Beantwortung der Fragen gedankt. Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat dem Antrag einstimmig (im Ausstand 1, abwesend 1) zugestimmt.

Auch in der RPK ist Stadtrat Cla Famos Rede und Antwort gestanden. Die Saläre befinden sich im Bereich der Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung. Die RPK beantragt ebenfalls Kenntnisnahme.

Für die SP-Fraktion referiert Marius **Weder**: *Unterzieht man den Geschäftsbericht 2014 der Energie Uster AG einer eingehenden Betrachtung, so darf man insgesamt doch ein weitestgehend positives Fazit ziehen. Nicht nur sind die Finanzen mit einem Bilanzgewinn von wiederum knapp CHF 2.5 Mio. im Lot, sondern auch in Bezug auf den Fitness-Stand der Energie Uster AG im Hinblick auf die Energiewende ist festzuhalten, dass man hier gut unterwegs ist. So kann etwa erwähnt werden, dass auch im letzten Jahr wiederum diverse Solaranlagen erstellt wurden, an denen sich die Energie Uster AG entsprechend beteiligte, und auch öffentliche Stromtankstellen für Elektroautos sind in der Stadt Uster in zunehmendem Masse zu finden. Schliesslich dürfte auch die Frage des angebotenen Strom-Mixes, die uns hier im Rat in früheren Jahren wiederholt Anlass zu kontroversen Diskussionen gab, allmählich vom Tisch sein, indem sich erstmals kein Atomstrom mehr darunter befindet. Die Konsumenten und Konsumentinnen haben die Wahl zwischen zertifiziertem Ökostrom einerseits und einem Mix aus zertifiziertem Ökostrom und als solchem nicht zertifizierbarem, nichts destotrotz jedoch ökologischem Aabachstrom andererseits. Der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der Energie Uster AG kann also auch aus unserer Sicht ein durchaus gutes Zeugnis ausgestellt werden. Ein einziger kleiner Wermutstropfen ist im Geschäftsbericht hinsichtlich dessen fehlender Transparenz bei der Frage der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder und der Geschäftsleitung festzustellen. Hierzu ein Vergleich: Schon seit langem ist ohne Schwierigkeiten in Erfahrung zu bringen, was ein Mitglied des Bundesrats, des Zürcher Regierungsrats oder auch des Ustermer Stadtrats verdient; bei letzteren wenigstens hinsichtlich dessen Kerntätigkeit. Auch die Entschädigungen der Spitzen von Staatsbetrieben bzw. weitest gehenden Staatsbetrieben wie SBB, Post oder Swisscom werden jährlich mitgeteilt. Und selbst in der Privatwirtschaft setzt sich bei Publikumsgesellschaften unter dem Druck der öffentlichen Meinung einerseits und internationaler Rechnungslegungsstandards andererseits immer mehr die Einsicht durch, dass diesbezüglich für Transparenz zu sorgen ist. Auch hier im Rat hatten wir diese Debatte ja bereits hinsichtlich der Entschädigungen der Mitglieder des Stadtrats für den Einsitz in Verwaltungsräten von Amtes wegen. Es stünde der Energie Uster AG unseres Erachtens daher inskünftig gut an, in diesem Punkt für angemessene Transparenz zu sorgen, notabene gegenüber ihrer Eigentümerschaft, der Bevölkerung der Stadt Uster. Eine derartige Transparenz würde nicht zuletzt auch allfälligen Mutmassungen, man habe etwas zu verbergen, vorbeugen. Dem Antrag auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts stimmen wir zu.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Geschäftsbericht 2014 der Energie Uster AG Kenntnis.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Antrag 41/2015 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 590/2013 "Die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG wird dem Gemeinderat vorgelegt"

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Marius **Weder** (SP): *Mit Sitzung vom 4. Januar 2016 war bei der KÖS der Antrag des Stadtrats 41/2015 betreffend Beschlussentwurf zur Motion 590/2013 bezüglich der Eigentümerstrategie Energie Uster AG traktandiert. Zur Erläuterung des Geschäfts sowie zur Beantwortung von Fragen erschienen Stadtrat Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen, und seitens der Verwaltung Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen. Nachdem die Motion 590 bereits in den Gemeinderatssitzungen vom 10. Februar 2014 und vom 3. November 2014 ausgiebig diskutiert worden war, gab das vorliegende Geschäft in der KÖS zu keinerlei kontroversen Diskussionen mehr Anlass. Vorweg möchte ich mich namens der KÖS bei Herrn Cla Famos und Herrn Patrick Wolfensberger für die kompetent vorgetragenen Informationen anlässlich der Kommissionssitzung bedanken.*

Materiell geht es beim vorliegenden Antrag um eine Anpassung von Art. 5 der Gemeindeordnung der Stadt Uster, der so im Jahre 1999 anlässlich der Gründung der Energie Uster AG geschaffen wurde. Dieser Art. 5 soll um einen Absatz 4 ergänzt werden, wonach der Stadtrat dem Gemeinderat die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG bzw. deren jeweiligen Änderungen zur Kenntnisnahme vorlegt. Ziel der Ergänzung der Gemeindeordnung ist die rechtliche Festschreibung einer bisher auf rein freiwilliger Basis erfolgten Information des Gemeinderats und indirekt der Öffentlichkeit, wie der Stadtrat als Vertreter der Eigentümerschaft die Ustermer Energie- und Wasserversorgung strategisch zu lenken gedenkt. Während bislang nur - wie heute geschehen - die Jahresberichte retrospektiv gewürdigt werden konnten, ist mit der vorgesehenen Anpassung sichergestellt, dass eine solche Diskussion in einem öffentlichen Geschäft auch hinsichtlich Änderungen der auf die Zukunft gerichteten Strategie der Eigentümerschaft gewährleistet sein wird. Kern der Vorlage ist mithin die Festschreibung dieser Transparenz zu Gunsten des Parlaments und damit einer breiteren Öffentlichkeit.

In formeller Hinsicht ist anzumerken, dass es sich um eine Änderung der Gemeindeordnung handelt, was einerseits ein obligatorisches Referendum zur Folge hat und dass andererseits die Änderung vorab dem Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Genehmigung vorzulegen ist. Die Erteilung der Genehmigung dürfte aus juristischer Sicht vorliegend kein Problem darstellen. Und hinsichtlich des Referendums dürfte es dem Stadtrat wohl gelingen, mittels geschickter Koordination der Abstimmungsdaten die hierdurch verursachten Kosten in angemessenen Grenzen zu halten.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig bei einer Abwesenheit die Annahme des Antrags des Stadtrats.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Markus **Wanner** (SP): *In der RPK wurden zwei Punkte diskutiert.*

- 1. Wieso wird dieser Antrag überhaupt in der RPK behandelt? Es hat ja nichts mit «Geld» zu tun. Vermutlich darum, weil jede Änderung der Gemeindeordnung zwingend von der RPK behandelt werden muss.*
- 2. Die Änderung der Gemeindeordnung muss der Urnenabstimmung unterstellt werden. Die RPK bittet den Stadtrat zu prüfen, ob eventuell noch andere Änderungen in der GO anstehen und diese eventuell mit dieser Änderung zusammengefasst werden können, nicht dass nur wegen einer einzigen Änderung der GO eine Urnenabstimmung durchgeführt werden muss. Die RPK hat den Antrag mit 5 zu 3 Stimmen gutgeheissen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Hans **Keel** (SVP): *Bei diesem Geschäft geht es grundsätzlich nicht um die Eigentümerstrategie für die Energie Uster AG, sondern um den Wunsch bei dieser Strategie mitbestimmen zu können. Es wird sogar ein Demokratie-Defizit festgestellt. Die Älteren wissen, was mit Unternehmen passiert, wenn sie im real existierenden Sozialismus wirtschaften müssen und verstaatlicht werden.*

Bekanntlich ist die Energie Uster AG ebenfalls ein staatliches Unternehmen und wir die Ustermer sind Besitzer.

Damit die Energie Uster AG nicht das gleiche Schicksal erleiden muss wie die Unternehmen im Sozialismus, müssen entsprechende Regeln eingehalten werden. Durch die klare Zuweisung der Verantwortlichkeiten und wer was steuert, können Filz und Führungsprobleme reduziert werden. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten für öffentliche Unternehmen in der Schweiz sind geregelt.

Für uns als Eigentümer ist die Gratwanderung zwischen Marktfähigkeit der Unternehmung und politisch (demokratischer) Kontrolle nicht einfach. Nur mit einer klar ausformulierten Eigentümerstrategie kann Transparenz hergestellt werden.

Erlauben sie mir folgende Erläuterung: Herr Prof. Dr. K. Schedler von der HSG weist darauf hin, dass die Eigentümer die Oberaufsicht haben und die Tätigkeit der Regierung bzw. Exekutive überwachen müssen. Dabei sind zwei Aspekte massgebend:

- 1. die Sicherstellung der Versorgung mit öffentlichen Leistungen (Gewährleistungsperspektive),*
- 2. die Sicherstellung der Interessen des Staates als Eigentümer der Unternehmung (Eigentümerperspektive).*

Die Exekutive formuliert aufgrund der Gewährleistungs- und Eigentümerperspektiven die Eigentümerstrategie. Die strategischen Ziele (Eigentümerstrategie) werden von der Exekutive vorgegeben, sie sind die Richtschnur für die Tätigkeit des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat ist für die Unternehmensestrategie verantwortlich. Auf keinen Fall sollten wir als Parlament, die Eigentümer, Führungsaufgaben übernehmen. Wir haben kein eigenes Controlling, um die Aufsicht übernehmen zu können.

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt den Antrag ab. Wir sind der Meinung, dass mit der Erweiterung des Artikels 5 mit dem Absatz 4 die gängige Praxis festgehalten wird, diese hat sich bewährt. Um das festhalten zu können, lohnt sich eine Volksabstimmung nicht. Vielmehr sollten wir uns Gedanken machen über den Artikel 5, wo und wie sind die Eigentümerinteressen und die Eigentümerperspektiven für Energie Uster AG festgehalten.

Für die SP-Fraktion referiert Marius **Weder**: *Vorweg möchte ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Beschlussentwurf vom 22. September 2015 bedanken. Dass er sich dabei für die mildere Variante der Motion entschieden hat, geht für mich als Motionär in Ordnung, da deren Kern auch dadurch noch gewährleistet ist. Zwecks Vermeidung unnötiger Wiederholungen kann ich vorweg auf meine Ausführungen im Kommissionsreferat wie auch anlässlich der Gemeinderatssitzungen vom 10. Februar 2014 und 3. November 2014 verweisen. Deshalb hier nur nochmals das Wichtigste.*

Zunächst zum Gegenargument, wonach das Minimalziel der Motion in Form der bislang praktizierten freiwilligen Vorlegung zur Kenntnisnahme an den Gemeinderat bereits erfüllt sei: Eine aus „Goodwill“ oder politischer Opportunität erfolgte Auflage der Eigentümerstrategie in der Aktenauflage des Parlaments ist nun halt mal nicht dasselbe wie eine in der Gemeindeordnung statuierte Pflicht zur formellen Zustellung im Rahmen eines öffentlichen Geschäfts mit entsprechender Antragsstellung. Auch wenn dem Stadtrat in seiner aktuellen Zusammensetzung selbstverständlich vertraut werden kann, dass er an dieser Praxis der freiwilligen Auflage weiterhin festhalten würde, so garantiert dies doch keineswegs, dass sich auch eine künftige komplett andere personelle Zusammensetzung des Stadtrats in einigen Jahren daran gebunden fühlen würde. Eine entsprechende Statuierung in der Gemeindeordnung ist daher unabdingbar.

Wenn sodann als Argument gegen die Diskussion der Eigentümerstrategie im Gemeinderat vorgebracht wird, die Energie Uster AG bzw. deren energiemarktwirtschaftliche Entscheidungen dürften nicht „verpolitisiert“ werden, ist das ein unauflösbarer Widerspruch, wenn dennoch gleichzeitig eben diese Eigentümerstrategie dem Gemeinderat vorlegt wird, nur halt einfach freiwillig. Würde man eine „Verpolitisierung“ befürchten, müsste die Eigentümerstrategie dem Parlament und damit

der Öffentlichkeit konsequenterweise gänzlich vorenthalten werden. Grundsätzliche strategische Überlegungen sind bei einem Energieunternehmen im Übrigen per se immer auch politisch, was vorliegend noch im verstärkten Masse gilt, da es sich bei der Energie Uster AG um ein Unternehmen letztendlich im Eigentum der Bevölkerung der Stadt Uster handelt. Und dass es bei der Eigentümerstrategie nicht um detaillierte energiemarktwirtschaftliche Entscheidungen geht, zeigt schon ein kurzer Blick darin. Der Einwand der Gefahr einer "Verpolitisierung" präsentiert sich mithin als leere Worthülse.

Der bisweilen geäusserte Einwand, eine Änderung der Gemeindeordnung sollte nicht aufgrund eines einzelnen Artikels erfolgen – wir haben das heute wieder gehört – ist haltlos. Die Energie Uster AG wird gesetzlich einzig in der Gemeindeordnung geregelt, weswegen eine Änderung auf einer anderen Regelungsstufe gar nicht möglich ist. Und selbstverständlich kann auch die Gemeindeordnung der Stadt Uster einer Teilrevision in einem einzelnen Punkt unterzogen werden. Wie dies geht, exerziert der Bund bezüglich Verfassungsänderungen ja mittlerweile schon fast an jedem Abstimmungssonntag vor.

Die vorgesehene Anpassung der Gemeindeordnung hätte nun also zur Folge, dass das Parlament verbunden mit einer öffentlichen Diskussion – und damit für die Bevölkerung potentiell einsehbar – bereits proaktiv auf die Eigentümerstrategie angemessenen Einfluss zu nehmen vermag und nicht immer erst – wie heute geschehen – ein Dreivierteljahr bis ein Jahr nach Abschluss eines Geschäftsjahres hinterher einen Kommentar abzugeben hat, was wie wo und warum hätte allenfalls anders gemacht werden sollen. Insofern stellt die Vorlage in ihrem Kern eine Transparenzvorlage zu Gunsten der Öffentlichkeit dar und ist es damit allemal wert, den Aufwand einer Volksabstimmung auf sich zu nehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung der Vorlage.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: Die FDP-Fraktion wird den Beschlussentwurf ablehnen, denn aus unserer Sicht sehen wir weiterhin keine Notwendigkeit, die Kommunikation zur Eigentümerstrategie der Energie Uster AG (EnU) zu ändern. Die Gemeindeordnung (Art. 5) in der heutigen Form und der gelebte Austausch in der Praxis zwischen Sachkommission und EnU erfüllen den Wunsch der Motion bereits jetzt.

Auch der nun konkrete Vorschlag des Stadtrats ist in der Sache kein Gewinn: Der Aufwand der Änderung der Gemeindeordnung (mit einer Volksabstimmung in Uster und der Genehmigung durch den Kanton) steht in keinem Verhältnis zum Nutzen dieser künftigen Kenntnisnahme durch den Gemeinderat.

Die EnU berichtet ja bereits heute via mehrerer Kanäle über ihre Geschäftstätigkeit: In der zuständigen Sachkommission wird regelmässig Bericht erstattet, wo dann auch gezielt Fragen gestellt werden können. Die EnU ist aber auch sonst für ein Gespräch offen. Zudem liegt der aktuelle Strategiebericht seit einem Jahr in der Aktenaufgabe auf, doch wurde bis heute kein parlamentarischer Vorstoss dazu eingereicht. Die Einflussmöglichkeiten sind also vorhanden. Von einem Demokratiedefizit kann keine Rede sein!

Die Umsetzung des vorliegenden Vorschlags beansprucht künftig einmal mehr nur die Administration und erhöht den Bürokratie-Aufwand – ohne erkennbaren Mehrwert für die Stadt. Also können wir das von vornherein bleiben lassen und uns die unnötige Arbeit ersparen!

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): Die Frage, welche Aufsichtsfunktionen die politischen Ebenen haben, beschäftigt nicht nur den Ustermer Gemeinderat. „Public Corporate Governance“ ist auch in verschiedenen Kantonsparlamenten und beim Bund ein Thema. Die zürcherischen Kantonsratsmitglieder haben dazu vor Kurzem eine Weiterbildung geniessen können. Dabei geht es um die Rollen, welche Exekutive und Legislative in Bezug auf die Unternehmen und Institutionen, an welche Staatsaufgaben delegiert worden sind, haben. Damit die Staatsaufgaben richtig wahrgenommen werden, braucht es eine Leistungsvereinbarung zwischen der politischen Ebene und der Unternehmensebene. Darin muss auch die Finanzierung geklärt werden.

Damit die politischen Gremien die Aufsicht ausüben können, müssen die Eignerstrategie und die Eignerziele schriftlich festgehalten sein. Die Exekutive übt dabei die Aufsicht und die Legislative die Oberaufsicht aus.

Aufgrund von diesen Überlegungen zielt der jetzt zu diskutierende Beschlussentwurf in die richtige Richtung. Die Legislative muss die Eignerstrategie und die Eignerziele zumindest zur Kenntnis

nehmen. Wenn diese richtig formuliert sind, kann nämlich die strategische Führungsebene ohne Einsitznahme der Exekutive in den Verwaltungsrat ihre Aufgabe wahrnehmen. Für den Einsitz in den Verwaltungsrat sollte nämlich die fachliche Eignung und nicht die politische Herkunft entscheidend sein. Bei einer Trennung dieser Ebenen in der Stadt Uster hätte der entsprechende Stadtrat auch keine zwei Hüte mehr an, wenn im Gemeinderat Themen rund um die Energie Uster AG diskutiert werden. Ich bin mir bewusst, dass dieses Thema auch auf kantonaler Ebene in den nächsten Jahren noch viel Diskussionsstoff produzieren wird. Die heutige Vorlage ist ein Schritt in die richtige Richtung und verdient deshalb ein JA.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Wir Grünen unterstützen diesen Antrag und freuen uns, dass der Stadtrat für mehr Transparenz sorgt. Auch wenn hier von Sozialismus gesprochen, ist es gut, dass der Stadtrat hier voran geht. Entsprechende Ansichten könnten auch einmal mit einem Lappen abgestaubt werden.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:15 Stimmen:

- 1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt ergänzt:
Art. 5 Abs. 4: Der Stadtrat legt dem Gemeinderat die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG bzw. deren jeweiligen Änderungen zur Kenntnisnahme vor.**
- 2. Der Stadtrat wird beauftragt, das Vorprüfungsverfahren beim Gemeindeamt des Kantons Zürich einzuleiten.**
- 3. Nach Durchführung des Vorprüfungsverfahrens wird die Änderung der Gemeindeordnung dem Gemeinderat unterbreitet, bzw. der Urnenabstimmung unterstellt.**
- 4. Die Motion 590/2013 wird abgeschrieben.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

7 Antrag 47/2015 des Stadtrates: Verordnung über die Entschädigung der Behörden (Behördenentschädigungsverordnung BEV), Anpassung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Mary **Rauber** (EVP): *Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat den Antrag 47/2015 des Stadtrates zur Änderung der Behördenentschädigungsverordnung (BEV) am 4. Januar 2016 besprochen. Aufgrund der unbestrittenen Sachlage war die Diskussion kurz. Die Lohnanpassung im Artikel 12 erfolgt aufgrund des Wegfalls der Vormundschaftsbehörde. Im Artikel 17 wird der Nichtberufsunfall festgehalten. Diese Änderungen wurden mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) gutgeheissen. Ebenfalls einstimmig gutgeheissen wurde die formale Änderung der Ziffern 1 und 3 der Disposition. Die Richtlinien des Regierungsrates vom 21. Dezember 2005 werden so sinngemäss umgesetzt und Sie haben deshalb einen neuen Antrag der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit erhalten.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Jürg **Gösken** (parteilos): *In der RPK haben wir darüber spekuliert, ob das RPK-Referat kürzer ausfallen würde, als die Wegzeit, die ich zum und vom Mikrofon benötigen werde. - Dafür sitze ich aber zu nahe am Rednerpult. - Inhaltlich hat der Antrag kaum zu Fragen Anlass gegeben. Bei den Sozialversicherungsabzügen ist thematisiert worden, ob nicht auch Gemeinderatsmitglieder zu versichern wären. Abklärungen dazu laufen, haben aber mit dem vorliegenden Antrag nicht direkt zu tun. Die RPK hat dem Abänderungsantrag aus der KÖS sowie dem dadurch geänderten Antrag 47/2015 einstimmig zugestimmt.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Präsident Thomas **Wüthrich**: Die KÖS beantragt eine redaktionelle Änderung des Antrags. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Damit hat der Gemeinderat diesem Antrag zugestimmt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:

1. Die Verordnung über die Entschädigungen der Behörden wird wie folgt geändert:

Art. 12 Sozialbehörde

¹ Die Mitglieder der Sozialbehörde erhalten entschädigt:

- Mitglieder Sozialbehörde: Fr. 4'536.00/Jahr
- Vizepräsidium: Fr. 9'072.00/Jahr
- Präsidium (Stadtratsmitglied): Keine spezielle Entschädigung

² Weitere Entschädigungen wie Sitzungsgelder werden nicht ausgerichtet.

Art. 17 Sozialversicherungsabzüge

¹ Auf allen Entschädigungen werden die ordentlichen Sozialversicherungsprämien abgezogen.

² Kein Abzug für Sozialversicherungsprämien erfolgt für Spesenentschädigung.

³ Mitglieder des Stadtrates und der Primarschulpflege sind gegen Nichtberufsunfall (NBU) versichert. Sie übernehmen die Hälfte der Prämie.

2. Die Anpassungen erfolgen auf den 1. Januar 2016.

3. Mitteilung an den Stadtrat.

8 Antrag 49/2015 des Stadtrates: Kreditrahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Ustermer Vereinen, Erhöhung

Präsident Thomas **Wüthrich**: Durch eine technische Panne hat sich die Zustellung an den Gemeinderat leider verzögert.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Walter **Meier** (EVP): *Die KBK hat den Antrag am 4. Januar 2016 beraten. Für die Fragen aus der KBK standen Werner Egli (Stadtpräsident) und Christian Zwinggi (Abteilungsleiter Präsidiales) Red und Antwort.*

Nach der Ablehnung des Kredits für einen Kulturbetrieb in der Villa am Aabach durch das Volk hat der Gemeinderat beschlossen, diese Mittel für die Förderung der Ustermer Vereine zu verwenden, und zwar für die Kinder- und Jugendarbeit.

Der Gemeinderat hat deshalb für die Jahre 2010–2012 einen Kredit von CHF 700'000 bewilligt. Ende 2012 hat der Gemeinderat einen wiederkehrenden Kredit von CHF 250'000 in die laufende Rechnung aufgenommen. Der grösste Teil dieses Kredits sollte für Vereine zur Verfügung stehen, welche Ustermer Kinder fördern. Als Kriterien für die Ausrichtung von jährlichen Beiträgen wurden Partizipation, Integration und Sozialisation festgelegt. Gedacht wurde an Beiträge von CHF 100 pro Kind und Jahr. Mit diesem Geld sollten z. B. die Miete von Turnhallen, Spesenentschädigungen für Trainer, spezielle Investitionen usw. finanziert werden. Die Beiträge der Stadt sollten also direkt oder indirekt den Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen. Aus diesem Grund werden ausschliesslich nicht gewinnorientierte Vereine (oder ähnliche Organisationen) berücksichtigt.

Aus Sicht der Stadt wird bei den Vereinen Sozialisierungsleistung „eingekauft“. Gemäss dem Jugendbeauftragten hat sich in den Vereinen – seit es diese finanzielle Förderung gibt – auch einiges getan. Es wird jetzt wirklich darauf geachtet, dass die Kinder und Jugendlichen an den Programmen partizipieren können usw. Die Rechenschaftsberichte (Selbstdeklaration) werden nur wo nötig überprüft. Mit den Vereinen, die jährlich mindestens CHF 10'000 erhalten, wird ein Leistungskontrakt abgeschlossen, welcher alle 4 Jahre erneuert (= neu verhandelt) wird.

Ein kleinerer Teil des Kreditrahmens steht jeweils für Projekte zur Verfügung. Eine etwas spezielle Stellung nimmt die Stiftung „IdéeSport“ ein, welche mit ihren offenen, jedoch professionellen Angeboten „Midnight Sport“ und „OpenSunday“ (rund 70 Veranstaltungen pro Jahr) grosse Beträge aus dem Kredit bekommt. Die Stadt schätzt an diesen Angeboten, dass sie viele Migranten ansprechen, welche nicht zu einer Vereinsmitgliedschaft zu bewegen wären.

Der Stadtrat hat im Jahr 2015 erkannt, dass der Kreditrahmen von CHF 250'000 nicht ausreicht und bewilligte für das Jahr 2015 einmalig zusätzliche CHF 50'000 (effektiver Bedarf ca. CHF 280'000).

Für das Jahr 2016 und folgende standen folgende Varianten zur Verfügung:

- a) Lineare Kürzung der Pro-Kopf-Beiträge auf CHF 65 (statt CHF 100);*
- b) Verschärfung der Richtlinien – damit hätten Vereine von der Vergabe ausgeschlossen werden können;*
- c) Verschärfung der Kriterien: je nach Erfüllung der Kriterien hätten die Vereine unterschiedliche Kürzungen hinnehmen müssen;*
- d) Anpassung des Kreditrahmens.*

Der Stadtrat hat sich entschieden, dem Gemeinderat eine Erhöhung des Kreditrahmens zu beantragen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass es kontraproduktiv sein kann, ehrenamtliches Engagement mit öffentlichen Geldern zu unterstützen. Das finanzielle Engagement der Stadt sollte dazu verhelfen, dass leitenden Personen, Trainer usw. nicht nebst dem ehrenamtlichen Engagement auch noch für alle Spesen selber aufkommen müssen. Die Fördergelder dürfen aber nicht dazu führen, dass sich Vereinsmitglieder wegen finanziellen Vorteilen für Jugendliche und Kinder engagieren.

Hauptgrund für die Erhöhung des Kreditrahmens war für den Stadtrat, dass sich eine Kürzung der Fördermittel demotivierend auf die Vereine auswirken würde.

Der Stadtrat geht davon aus, dass mit der Erhöhung des Kreditrahmens auf CHF 300'000 für längere Zeit keine weitere Erhöhung nötig sein wird. Mit der Erhöhung profitieren rund 2200 Ustermer Kinder von der finanziellen Unterstützung. Es gibt kaum weitere Vereine, die in den Genuss der Förderbeiträge kommen können. Zudem haben die Vereine eher mit einem Mitgliederschwund zu

kämpfen.

Abstimmung KBK: Die KBK hat dem Antrag mit 9:0 Stimmen zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag gutzuheissen.

Die RPK hat den Antrag am 11. Januar 2016 behandelt. Auch hier waren Werner Egli und Christian Zwinggi zugegen. Es wurde die Idee geäussert, den Pauschalbetrag pro Kind etwas zu senken, dafür eine Pauschale für den Verein einzuführen. Der Stadtrat hat solche Ideen bisher nicht weiter verfolgt, weil ein Pauschalbetrag pro Kind eine einfache Regel ist und diese sehr günstig in der Umsetzung ist.

Abstimmung RPK: Die RPK hat dem Antrag mit 8:0 Stimmen zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag gutzuheissen.

Für die FDP-Fraktion referiert Daniel **Pellegrini**: *Ein kleines Rechenbeispiel meinerseits: Die Stadt Uster gibt einen Beitrag pro Kind mit Wohnsitz in Uster von CHF 100 aus, wenn der Verein gewisse Anforderungen erfüllt. Als Beispiel nehme ich hier den FC Uster, einen der grössten Vereine in Uster. Beim FC Uster waren Mitte 2015 350 Juniorinnen und Junioren gemeldet, wovon 335 in Uster wohnhaft sind. Das sind 1650 Trainingseinheiten à 90 Minuten über das Jahr verteilt. Hinzu kommen 850 Spiele und Turniere. Gemäss einfacher Berechnung hätte der FC Uster somit für die 335 Kinder und Jugendliche CHF 33'500 pro Jahr zur Verfügung. Der FC Uster steht hier als Rechenbeispiel für viele andere Sportvereine.*

Nun zum Stein des Anstosses. Die Höhe des Beitrages für die Stiftung IdéeSport ist im Verhältnis zur geleisteten Arbeit der anderen Vereine ein Affront gegen die freiwillige Vereinsarbeit. Die Förderung von gewinnorientierten und professionellen Anbietern ist ausgeschlossen und ausgerechnet die Stiftung IdéeSport soll nun als einziger Anbieter von dieser Regelung ausgenommen werden, wobei die IdéeSport keine Gewinnorientierung ausweist? Die IdéeSport erhält jährlich CHF 54'000 für drei Angebote, welche sie unterstützen:

- *OpenSunday Niederuster mit CHF 16'000,*
- *OpenSunday Hasenbühl mit CHF 16'000 und*
- *Midnight Sports mit CHF 22'000*

Auch hier möchte ich gerne wieder ein Rechenbeispiel machen. Am OpenSunday Niederuster nehmen im Durchschnitt 30 Kinder teil und dies an knapp über 20 Sonntagen im Jahr. In den Richtlinien für die finanzielle Unterstützung steht geschrieben, dass die Angebote mindestens 30 Mal im Jahr stattfinden müssen. Zurück zur Rechnung: $30 \times \text{CHF } 100 = \text{CHF } 3'000$ – wie ist nun die Differenz von CHF 3'000 auf CHF 16'000 zu erklären für dieses einzelne Angebot, welches erst noch nur 20 Mal im Jahr stattfindet? Grob gerechnet, würde sich die Stiftung IdéeSport mit ihren drei Angeboten für die Stadt Uster für höchstens CHF 8'000 qualifizieren, wobei aufgrund der Richtlinien fraglich ist, ob sich diese Stiftung überhaupt für einen städtischen Beitrag qualifizieren würde.

Wenn die Stadt Uster die IdéeSport unterstützen möchte, so ist der Kreditrahmen zur "Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Ustermer Vereinen" das falsche Gefäss und man sollte sich ernsthaft Gedanken machen über die Höhe der Unterstützung. Die Externalisierung von diesen Angeboten darf der Stadt nicht CHF 54'000 wert sein. Eventuell würden die verschiedenen Elternräte der Schulhäuser dies auch ohne Unterstützung von IdéeSport durchführen mit einem weit tieferen Betrag.

Die Fraktion der FDP. Die Liberalen stellt sich nicht gegen den Beitrag der Stadt Uster für die ansässigen Vereine, welche auch einen wichtigen Beitrag zur Kinder- und Jugendförderung, Integration und Sozialisierung leisten. Die Vereine sind eine Stütze der ganzen Gesellschaft. Wir lehnen jedoch den Antrag aufgrund der übermässigen Unterstützung an IdéeSport ab.

Wird der Beitrag an die IdéeSport über jährlich CHF 54'000 aus diesem Kreditrahmen ausgeschlossen, so genügt der ursprüngliche Kreditrahmen. Wir lehnen die Erhöhung sowie die in Ausnahme für IdéeSport in Ziffer 2 daher ab.

Die Sportvereine verfügen so über CHF 50'000 mehr und der Kreditrahmen muss nicht erhöht werden.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Deborah **Bernhard** (SVP): *Die beste Förderung der Integration und Sozialisation von Kindern und Jugendlichen leisten neben der Schule sicherlich Vereine. Es ist deshalb folgerichtig, dass die Stadt Uster diese Arbeit auf verschiedene Art und Weise unterstützt. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass sehr viele Ustermer Vereine in den Genuss von Unterstützungsgeldern kommen können, weshalb der Betrag nun erhöht werden soll. Uns stellen sich hier aber einige Fragen:*

Interessant wäre es zu sehen, wie sich die Kinder- und Jugendarbeit in den Vereinen seit 2009, also bevor diese Gelder flossen, entwickelt hat. Wird nun tatsächlich mehr geleistet oder wird einfach die vorher bereits vorhandene Arbeit finanziell unterstützt – was eher einer Wertschätzung als einer Förderung der Arbeit der Vereine gleichkäme? Die Frage stellt sich auch, da die Gelder im Giesskannenprinzip, also auch sehr unbürokratisch, zur Verfügung gestellt werden. Die Vereine melden ihre Ansprüche an und deklarieren selber, welchen wertvollen Beitrag sie zur Partizipation, Sozialisation und Integration leisten. Ich habe in meinem Leben genug J&S-Lektionen geschrieben (oder auch Arbeiten an der Pädagogischen Hochschule), um zu wissen, dass sehr schnell etwas sehr pädagogisch wertvoll tönt.

Wie bereits gesagt, die SVP/EDU Fraktion erachtet die Arbeit der Vereine als enorm wichtig. Deshalb stimmen wir dem Antrag auch zu. Trotzdem sollte man in den nächsten Jahren ein Augenmerk darauflegen, wie man diese Gelder möglichst zielgerichtet einsetzen kann.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Natürlich sind längst nicht alle Familien, deren Kinder in einem Verein aktiv sind, auf eine finanzielle Beteiligung durch die Stadt beim Mitgliederbeitrag angewiesen. Doch alle anderen Lösungsansätze würden sofort den bürokratischen Aufwand erhöhen. Und eine Kürzung des städtischen Beitrags von 100 Franken pro Kind wäre tatsächlich demotivierend für die Vereine.*

Deshalb lässt sich der vorliegende Antrag auf eine einfache Formel zusammenfassen: Auf unbürokratische Weise die Strukturen der Vereine stärken und somit die Entwicklung und Integration von Kindern und Jugendlichen unterstützen.

Wir Grünen finden, dass die Vereine eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einnehmen und unsere Unterstützung verdienen. Dass der Stadtrat diesen Antrag in einer Zeit stellt, in der er nicht einmal vor Sparmassnahmen bei der Bildung zurückschreckt, überrascht. Deshalb winden wir Grünen dem Stadtrat ein Kränzchen – ohne Wenn und Aber.

Wir Grünen sagen mit Überzeugung Ja zu diesem Antrag und freuen uns auf jeden weiteren Antrag des Stadtrats, der sich durch solche Um- und Weitsicht auszeichnet.

Für die SP-Fraktion referiert Kathrin **Agosti**: *Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Vereinen ist ein Anliegen, für das sich die SP in Uster schon seit langer Zeit einsetzt. Sie hat vor Jahren mit verschiedenen Vorstössen und der Volksinitiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen» (Antrag 14/2010) auf dieses Ziel hingearbeitet. Es ist dann allerdings noch nötig gewesen, dass ein gutes Konzept für den Betrieb der Villa am Aabach den „Bach ab“ geschickt wird, bis sich endlich Mehrheiten gefunden haben für die Unterstützung dieser wichtigen Arbeit, die Vereine leisten.*

Aber es freut uns, dass die Art der Förderung von Kinder- und Jugendarbeit in Vereinen gemäss dem Antrag des Stadtrates unterdessen zu einem wesentlichen Pfeiler der Ustermer Jugendpolitik geworden ist und sich der Stadtrat dafür entschieden hat, eine Erhöhung des Kredits zu beantragen und nicht etwa die einzelne Beiträge zu reduzieren. Das wäre ja auch möglich gewesen.

Die Förderkriterien „Sozialisation, Integration und Partizipation“, die in der Richtlinie vorgegeben werden, haben offenbar auch dazu geführt, dass die Vereine die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen bewusster gestalten. Auch das ist eine gute Entwicklung. Mein eigener Eindruck ist auf jeden Fall, dass dies sehr professionell gemacht wird, z. B. in dem die Jugendlichen auch nach und nach in die Betreuung und Förderung der jüngeren Kinder miteinbezogen werden.

Weil es eine wichtige Arbeit ist, die all die Leute leisten, die sich engagieren, freuen wird uns sehr, wenn es heute Abend eine grossmehrheitliche Zustimmung zur Erhöhung des Kredites gibt, und zwar zu allen Ziffern im Dispositiv. Die Überprüfung ist ohnehin vorgesehen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): *Nach 2010 und 2012 beschäftigen wir uns heute nun zum dritten Mal mit dem Geldtopf für die Vereine, welche Kinder- und Jugendförderung betreiben. Man kann festhalten, wir müssen nach relativ kurzer Zeit über die Erhöhung um 50'000 Franken befinden.*

Die „Mittefraktion“ unterstützt jedoch den Weg der Erhöhung. Denn unser Dank gebührt den Vereinen für die unzähligen Stunden Milizarbeit. Unsere Vereine sind das Rückgrat von Uster und unserer Gesellschaft, weshalb es unsere Pflicht ist, die Vereine und im speziellen die Vereine, welche Kinder- und Jugendförderung betreiben, gebührend zu würdigen.

Integration, Sozialisation und Prävention sind immer noch nicht jedermanns Worte, das wird auch mit diesem Antrag nicht besser. Doch das Prinzip dieser Richtlinien scheint zu funktionieren. Unser Modell scheint bis dato ein Erfolgsmodell zu sein, weil es einen angemessenen „Batzen“ dafür gibt und sich die Bürokratie für Vereine und Verwaltung in Grenzen zu halten scheint.

Für uns wäre eine Reduktion des Pro-Kopf-Beitrages oder die Anpassung der Förderkriterien kein gangbarer Weg gewesen. Dem Ustermer Erfolgsmodell soll nicht unnötig ein Zahn gezogen werden, Kontinuität erscheint uns hierbei besonders wichtig.

Die „Mittefraktion“ freut sich, wenn möglichst alle Parteien diesen Antrag unterstützen. Im speziellen freuen wir uns, dass auch innerhalb der FDP offenbar halbwegs ein Umdenken stattgefunden hat. Denn vor drei Jahren wollte die FDP-Fraktion, dass wenn die Nachfrage nach Fördergeldern steigen sollte, kleinere Tranchen verteilt werden müssten. Janu, wie die Jahre auch immer so schnell vorbeigehen...

Unseren Segen hat dieser Antrag auf alle Fälle, weil die gezielte Investition in unsere Kinder und Jugend die beste und sinnvollste Investition ist.

Der Stadtpräsident, Werner **Egli**, nimmt Stellung: *Liegt hier ein Antrag der FDP zu einer einzelnen Ziffer im Dispositiv vor? Oder lehnt die FDP den Antrag als Ganzes ab?*

Daniel **Pellegrini** (FDP): *Wir lehnen den Antrag als Ganzes ab.*

Stadtpräsident Werner **Egli** zeigt sich über das Verhalten der FDP-Fraktion irritiert. *Sie haben gehört, wie die Abstimmungsergebnisse beider Kommissionen gewesen sind. Die Angebote richten sich auch an Jugendliche, die nicht in klassischen Vereinen aktiv sind. Deren Angebote sind eher kursartig und sprechen spezifische Jugendliche an. Der Pauschalbetrag ist angemessen. Ich bin doch etwas überrascht von meinen Kollegen aus der FDP.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:3 Stimmen:

- 1. Für die Weiterführung der «Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Ustermer Vereinen» wird ab 2016 neu ein jährlich wiederkehrender Kredit von 300 000 Franken eingesetzt.**
- 2. Die Förderung von gewinnorientierten und professionellen Anbietern ist ausgeschlossen. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Angebote der Stiftung Idé-eSport (Midnight Sport und OpenSunday). Die Richtlinien zur der «Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Ustermer Vereinen» werden in diesem Sinne angepasst.**
- 3. Für die Regelung der Visumskompetenz werden die allgemein gültigen Kompetenzregelungen der Stadtverwaltung übernommen.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

9 Antrag 52/2015 des Stadtrates: Gesuche um quartierweise Einführung von Tempo 30 in den Quartieren Hegetsberg und Zimikerstrasse

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Roman **Ehrbar** (SVP): *Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, gestützt auf Art. 15 Abs. 3 lit. f der Gemeindeordnung vom 25. November 2007, folgenden Beschluss zu fassen:*

- 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zwei Tempo 30-Zonen „Hegetsberg“ und „Zimikerstrasse“ zu planen und umzusetzen.*
- 2. Die voraussichtlichen Kosten in der Höhe von CHF 69'800 für die Planung und Realisierung der zwei Tempo 30-Zonen sind für die Jahre 2017 und 2018 in die Investitionsplanung aufzunehmen.*

Stadtrat Jean-Francois Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit, zum Antrag: Die Gemeinde hat die flächendeckende Einführung von Tempo 30-Zonen im Jahr 2009 deutlich abgelehnt. Im Dezember 2013 hat der Stadtrat jedoch eine Strategie für verkehrsberuhigende Massnahmen präzisiert. Der Stadtrat behandelt spezifische Gesuche.

Bei den zwei Gesuchen wird nicht eine punktuelle Verbesserung verlangt, wie etwa vor Schulen und Heimen, vielmehr weisen sie einen flächendeckenden Charakter auf, weshalb sie den Gemeinderat zum Entscheid vorzulegen sind.

- 1. Das Quartier Hegetsberg ohne die Hegetsbergstrasse. Grund fehlende Mehrheit der Zustimmung der Anwohner (nötig wären mehr als 50 % Stimmen).*
- 2. Die Zimikerstrasse und Teile der Denkmalstrasse.*

In der KÖS-Sitzung vom 4. Januar 2016 haben wir dem Antrag 52/2015 mit 6 zu 2 Stimmen (abwesend 1) zugestimmt. Die KÖS empfiehlt daher dem Gemeinderat die Annahme des Antrages.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Markus **Wanner** (SP): *In der RPK wurden diskutiert, warum die Umsetzung erst im 2017 oder 2018 erfolgt. Die Antwort, dass die Umsetzung der verkehrsberuhigenden Massnahmen mit der geplanten Sanierung der Strassen koordiniert werden sollte, befriedigte die RPK. Sollte es zu einer Verzögerung der Sanierung der Strassen kommen, könnten provisorische Massnahmen trotzdem umgesetzt werden. Die RPK hat den Antrag mit 5 zu 3 Stimmen gutgeheissen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Gleich vorweg erkläre ich meine Interessenbindungen: Ich wohne im Quartier Hegetsberg und habe zusammen mit anderen Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers geholfen, die Unterschriften zu sammeln. Das hat den Vorteil, dass ich aus erster Hand bestätigen kann, dass tatsächlich eine Mehrheit der Bevölkerung im Quartier Hegetsberg für Tempo 30 ist. Von der Temporeduktion erwarten viele der Unterzeichnenden mehr Sicherheit im Strassenverkehr und mehr Lebensqualität.*

Der Weg bis zu diesem Antrag heute war lang und auch mühselig. Einige Wegbiegungen waren sicherlich unnötig. Doch das ist Vergangenheit. Mittlerweile findet das pragmatische Vorgehen des Stadtrats auch in den Fraktionen breite Unterstützung. Selbst die Gegnerschaft tut sich schwer mit einer sinnvollen Argumentation. Und dies, obschon das Vorgehen des Stadtrats auf etwas fusst, dass es so gar nicht gibt: Eine Petition aus einem Quartier, der verbindlichen Charakter zukommt – also gewissermassen eine Quartieremotion. Vielleicht hat da unser Stadtrat ja eine neue Form der demokratischen Mitsprache geschaffen. Wer weiss: Bestenfalls macht dieser Lösungsansatz ja noch Schule. Zu wünschen wäre es. Wir Grünen stimmen dem Antrag zu.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): *Wir begrüsst in der Vergangenheit das stadträtliche Vorgehen punkto Tempo-30-Zonen und tun das immer noch. Und da auch in den beiden vorliegenden Zonen Hegetsberg und Zimikerstrasse mehr als die Hälfte der betroffenen Quartierbevölkerung Tempo 30 befürwortet, sehen wir auch keinen Grund, weshalb wir diesen Antrag ablehnen sollten. Die Legitimation dafür ist auf alle Fälle gegeben. Wir freuen uns für die Anwohner des Talweges und der Bordackerstrasse, dass sie die stadträtliche Hürde nun auch noch gepackt haben. Einziger Wermutstropfen erscheinen uns die 12'000 Franken, welche die drei Tempo 30 Tafeln an der Zimikerstrasse kosten.*

Den ewigen Nörglern von Tempo 30 sei bereits prophylaktisch erwidert: Dafür wurde das letztmalige Referat der SVP zur Hand genommen.

Auch bei zwölf Tempo-30-Zonen kann von flächendeckend keine Rede sein. Es ist schlicht und einfach falsch, wenn behauptet wird, Tempo 30 erhöhe die Verkehrssicherheit nicht.

Tempo 30 bedeutet weniger Lärm, steigert die Wohnqualität und den Immobilienwert.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Roman **Ehrbar** (SVP): *Einmal mehr appelliere ich an Sie, das Gesuch für die Einführung von Tempo-30-Zonen abzulehnen. In der Zwischenzeit sind in 6 Quartieren die Tempo 30 Zonen eingeführt und in 4 Quartieren weitere geplant. Heute geht es um die Einführung von 2 neuen Zonen. Vermutlich werden noch weitere folgen. Mit der Einführung in Uster von 12 Tempo-30-Zonen wird der Volkswille klar missachtet. Die Stimmbürger von Uster haben 2009 die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen deutlich abgelehnt.*

Leider hat sich die Verkehrssicherheit in Uster durch Tempo-30-Zonen nicht verbessert. Auch im Umweltbereich, Verkehr, Lärm, Luft, kann keine Verbesserung festgestellt werden (siehe Umweltbericht 2015). Es stellt sich immer noch die Frage, wenn Tempo 30 in keinem Bereich etwas bringt, warum diese Tempo-30-Zonen? Die Vermutung liegt nahe, dass es um die Behinderung des motorisierten Verkehrs geht. Einen positiven Aspekt haben die Tempo-30-Zonen: Sie füllen die Stadtkasse dank den Bussgeldern.

Beim vorliegenden Gesuch für die Zone Hegetsberg werden vor allem die Anwohner zur Kasse gebeten. Man darf auch gespannt sein, wie die Probleme mit dem Bus gelöst werden, der eigentlich einen Fahrplan einhalten sollte.

Bei der Zimikerstrasse ist das anders. Die Zimikerstrasse ist ein wichtiger Durchgang Richtung See. Sie ist schon heute durch bauliche Massnahmen eingeschränkt. Die Einfahrt Zimikerstrasse - See-strasse ist eine verkehrstechnische Zumutung.

In diesem Bereich noch Steuergelder für Tempo 30 aufzuwenden ist unverantwortlich. Eigentlich sollte man in diesem Bereich für die Fussgänger ein Trottoir bauen. So, wie es einmal vorgesehen war. Denn in der 30-Zone haben Fussgänger auf der Strasse keine Rechte.

Mit der Einführung der Tempo-30-Zone wird die verkehrstechnische und gestalterische Hoheit für die Gemeindestrasse bzw. Quartierstrasse an den Kanton abgetreten. Was das heisst, können sie bei der Unterführung Winterthurerstrasse mit verfolgen.

Die SVP/EDU-Fraktion erkennt keine Verbesserung durch die Einführung von Tempo 30. Es scheint, als sei die Einführung von Tempo 30 ein "Muss" bei den Quartiervereinen. Für uns sind 12 Tempo-30-Zonen in Uster "flächendeckend". Die SVP/EDU-Fraktion lehnt deshalb den Antrag ab.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 24:11 Stimmen:

- 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zwei Tempo 30-Zonen «Zimikerstrasse» und «Hegetsberg» zu planen und umzusetzen.**
- 2. Die voraussichtlichen Kosten in der Höhe von Fr. 69'800.00 für die Planung und Realisierung der zwei Tempo 30-Zonen sind für die Jahre 2017 und 2018 in die Investitionsplanung aufzunehmen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

10 Postulat 506/2014 von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU): Verwirklichung der Fuss- und Radwegverbindung Post-/Gerichtsstrasse - Gotthardweg (Stadthaus), Bericht und Antrag des Stadtrates

Präsident Thomas **Wüthrich**: Durch eine technische Panne hat sich die Zustellung an den Gemeinderat leider verzögert.

Paul **Stopper** (BPU) stellt den Ordnungsantrag auf Verlängerung seiner Redezeit.

Der Gemeinderat lehnt den Ordnungsantrag mit 21:5 Stimmen ab.

Paul **Stopper** (BPU) referiert: *Ich danke für den kurzen Kurzbericht. Er ist enttäuschend ausgefallen. Wenn man bedenkt, dass diese Verbindung bereits in den 70er Jahren von externen Planern (Marti) vorgeschlagen wurde, kann man mit dem heutigen Resultat einfach nicht zufrieden sein. Wenn die Ustermer Stadtplanung nicht in der Lage ist, innerhalb von mehr als 40 Jahren eine kleine Sache zu verwirklichen dann ist etwas nicht in Ordnung, Folgendes ist noch bemerkenswert: Von der Einreichung des Postulats, resp. der Motion vom 10. Juli 2014 bis zur Überweisung vom 3. November 2014 dauerte es eindeutig zu lange. Der Gemeinderatspräsident hat eine Erklärung dazu abgegeben. Wenn dem Stadtrat die Verbindung ein Anliegen gewesen wäre, dann hätte er ja auch einmal nachfragen können, wo das Geschäft stecke. Aber eben.... . Zum Inhalt folgendes: Der Stadtrat schreibt: „Sollte in den nächsten Monaten keine Lösung auf Verhandlungsbasis erreicht werden, wird der Stadtrat dem Gemeinderat eine entsprechende Baulinienvorlage unterbreiten“. Will er uns Gemeinderäte mit dieser Aussage testen, veräppeln oder was?*

Der Gemeinderat ist für die Festsetzung von Baulinien seit 1989 nicht mehr zuständig. Am 5. September 1977 wurde bei der Änderung der Gemeindeordnung zwar ein Antrag vom Sprechenden mit 23 Ja zu 11 Nein gutgeheissen, wonach in der Gemeindeordnung die Bestimmung aufgenommen wurde, dass die Festsetzung der Bau- und Niveaulinien (ohne im Quartierplanverfahren) durch den Gemeinderat zu erfolgen habe. Die NZZ kommentierte dieses Novum für Uster (in der Stadt Zürich war das aber schon immer so), in der Berichterstattung vom 7. September 1977 so: "Dass der Antrag von P. Stopper (LdU) auf Festsetzung der Bau- und Niveaulinien durch den Gemeinderat angenommen wurde, obschon der Stadtrat sich gegen die daraus erwachsenden 10 bis 20 Vorlagen im Jahr gewehrt hatte, lässt auf ein Unbehagen über die bisherige Strassenbaupolitik schliessen." An der Sitzung vom 26. September 1977 beantragte der damalige Gemeinderat Josef Butz (CVP) anlässlich der Schlussabstimmung, die Festlegung wieder dem Stadtrat zuzuweisen. Dem Wiedererwägungsantrag wurde entsprochen. Erfolglos. Die Streichung blieb aber erfolglos. Im Jahre 1989 bastelte die damalige Geschäftsprüfungskommission eine neue Gemeindeordnung. Und siehe da, die alten Gegner der Festsetzung der Bau- und Niveaulinien durch den Gemeinderat feierten Urständ und strichen diese Bestimmung wieder aus der Gemeindeordnung heraus. Komischerweise beantragte damals Stadtrat Ludi Fuchs (SP) diese Änderung! Das war für mich eine der grossen Enttäuschungen in der Politik. Der Gemeinderat folgte selbstverständlich dieser Empfehlung.

Seit der Gemeindeordnung von 1990 ist die Bestimmung über die Baulinien nicht mehr drin. Der Gemeinderat ist demnach nicht zuständig für die Festsetzung von Baulinien.

Und jetzt kommt der Stadtrat und schreibt, wenn die Grundeigentümer nicht wollten, dann komme dann schon der böse Samichlaus mit der Fitze resp. der böse Gemeinderat und zwingt die Grundeigentümer zu einem Einlenken.

Der Stadtrat hat 1989 die Kompetenz für die Festsetzung von Baulinien an sich gerissen. Seither hat er sie und er soll sie auch behalten. Er soll nun selber Baulinien festlegen und sich mit den Grundeigentümern herumschlagen. Das hätte er aber seit 40 Jahren tun können – und müssen.

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Thomas **Kübler**, nimmt Stellung: *Ich nehme die historische Aufarbeitung Paul Stoppers zur Kenntnis. Es ist in der Tat so, dass das Finden einer Lösung mit den Grundeigentümern nicht einfach ist, zumal einer davon im Ausland lebt. Wir streben eine einvernehmliche Lösung an, wer auch immer zuständig ist.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag des Stadtrates wird zugestimmt. Damit ist das Postulat 506/2014 erledigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

11 Postulat 526/2015 von Jürg Gösken (parteilos), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Beatrice Mischol (Grünliberale): Multisportives Buchholz multimobil, Bericht und Antrag des Stadtrates

Jürg **Gösken** (parteilos) referiert: *Der Auftrag des Parlamentes lautete bei diesem Postulat ein Mobilitätskonzept zu erstellen, welches eine bessere Anbindung an den ÖV, sowie ein Management für den MIV beinhalte. Der Bericht des Stadtrats endet mit seiner Meinung, wonach sich ein zusätzliches Mobilitätskonzept erübrige. Davor sind banale Ausführungen des Stadtrats nachzulesen, welche deutlich machen, dass zurzeit kein Mobilitätskonzept besteht. Der Stadtrat hat mit dem vorliegenden Bericht seine Hausaufgaben nicht gemacht und das Postulat quasi als Anfrage behandelt. Danke, die aktuelle Situation kennen wir, den Stadtplan zu den Fusswegen kennen wir ebenso wie den Busfahrplan und die Erweiterung des Hallenbadparkplatzes. Betreffend Parkierungsregelung bei Grossveranstaltungen unterschlägt der Stadtrat in seiner Beschreibung des Ist-Zustandes, dass zuweilen auch benachbarte Wiesen in Mitleidenschaft gezogen werden, ebenso wie benachbarte Quartiere mit Suchverkehr und Wildparkieren.*

Was für eine Erfüllung des Postulats komplett fehlt, sind eine Ist-Analyse, ein Soll-Zustand und Massnahmen, welche vom Ist- zum Soll-Zustand führen würden. Wenn der Stadtrat nicht weiss, was ein Mobilitätskonzept ist, so sollte er sich professionelle Hilfe holen. Und wenn der Stadtrat keine Fantasie für geeignete Massnahmen hat, so würden die Postulatsbegründung sowie die Diskussion vor der Überweisung desselben sachdienliche Hinweise enthalten.

Das Potenzial für den regulären Betrieb sind darzulegen, beispielsweise was eine Buslinienführung ins Zentrum der Buchholzanlagen bringen würde ebenso wie eine Verdichtung oder Veränderung des Fahrplans.

Zudem ist es kein Naturgesetz, dass bei Grossveranstaltungen die regulären Parkmöglichkeiten nicht ausreichen sollten. Hierzu gibt es erprobte Konzepte von Kombi-Tickets und Pendel-Bussen. Wo ein Wille ist, ist bekanntlich auch ein Weg. Der Stadtrat will offenbar nicht, was er bei der Überweisung und mit der faktischen Nicht-Beantwortung deutlich machte.

Ob ein Zusatzbericht sinnvoll ist, möchte ich noch offen lassen. Wird das vorliegende Postulat mit dem Bericht abgeschrieben, müssen folgerichtig Motionen folgen, welche verbindlich und detailliert vorgeben, was der Stadtrat genau zu tun hat.

In Vertretung der Abteilungsvorsteherin Gesundheit nimmt der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla **Famos**, Stellung: *Der Stadtrat hat das Postulat so beantwortet. Wir haben extern kein Konzept in Auftrag gegeben, weil wir die Kosten von rund CHF 35'000 nicht für angemessen halten. Im Bericht haben wir mögliche Verbesserungsmassnahmen aufgezeigt. Die heutige Verkehrsinfrastruktur deckt den Mobilitätsbedarf. Die bereits ergriffenen Massnahmen genügen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Wir Grünen sind von der Antwort des Stadtrates wenig begeistert, viel mehr hinterlässt sie uns etwas konsterniert. Der Stadtrat hält fest, dass die bestehenden Veloabstellplätze zum jetzigen Zeitpunkt ausreichen. Spannend wäre zu erfahren, wie und zu welchem Zeitpunkt dies evaluiert wurde. Vor der Inbetriebnahme des Kletterzentrums? Bereits dieses hat zu wesentlich mehr Besuchenden geführt und aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass gerade in der Kletterszene das Velo ein bevorzugtes Verkehrsmittel darstellt. Wenn die Abstellplätze jetzt also gerade ausreichen, werden sie ergo nach dem Ausbau an ihre Kapazitätsgrenzen stossen – warum also nicht bereits jetzt weitere Veloparkplätze errichten, die in Zukunft ohnehin gebraucht werden und damit einen Anreiz zu mehr Velofahren bieten?*

Weiter interessant ist die Feststellung des Stadtrates, dass 300-500 Meter Wegdistanz als Anbindung an den öffentlichen Verkehr durchaus zumutbar seien. Im Ernst jetzt? Wenn dem so ist, können wir sämtliche Parkplätze aufheben – schliesslich ist am Dorfrand alles in 300-500 Meter Wegdistanz zu erreichen. Ausserdem, ceterum censeo, Parkplatzdiskussion: Dort wurde argumentiert, die Parkplätze bei der Kunst- und Sportschule und in der Wermatswilerstrasse seien zu weit weg, um in die Parkplatzberechnung des Hallenbades einbezogen zu werden – daraus folgt, dass die

Bushaltestelle Reithalle erst recht zu weit weg ist.

Ein letzter Punkt, der wirklich für Erstaunen sorgt: Im Postulat wird unter anderem geschrieben „Insgesamt gilt es aber durch eine bessere ÖV- Anbindung den MIV-Zuwachs abzuschwächen (...)“. Die einzige konkrete Massnahme zum Management der Mobilität um die Sportanlage Buchholz, die vom Stadtrat genannt wird, ist eine Erweiterung des Parkplatzes Buchholz und somit mehr Parkplätze. Dem Stadtrat ist aber schon bewusst, dass Parkplätze nicht unbedingt zu einer Abschwächung des MIVs führen, wie das die Urheberinnen und Urheber des Postulats fordern? Alles in allem etwas einfallslos dafür, dass der Stadtrat beauftragt wurde, ein Mobilitätskonzept zu erstellen. Wir Grünen fordern daher einen Zusatzbericht. Darin dürfen durchaus auch etwas gewagtere Optionen geprüft werden wie etwa eine Ringbusverbindung über das Quartier Gschwader, wovon dieses auch abgesehen vom Sportangebot profitieren könnte oder Pendel-Busse für Wettkämpfe und Grossanlässe, wie das die Stadt Zürich beispielsweise an Laufveranstaltungen seit Längerem erfolgreich gewährleistet. Wir warten somit gespannt auf weitere Abklärungen beispielsweise zu den Kosten eines entsprechenden Pendeldienstes, der Machbarkeit einer Ringbusverbindung oder auch auf weitere Ideen des Stadtrates – auf dass er seiner Kreativität freien Lauf lasse!

Präsident Thomas **Wüthrich**: Ist das ein Antrag für einen Ergänzungsbericht?

Meret **Schneider** (Grüne): *Ja, ich beantrage einen Ergänzungsbericht des Stadtrates.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *Um es gleich vorwegzunehmen: mit der vorliegenden Postulatsantwort ist die „Mittefraktion“ nicht zufrieden. Der Stadtrat erachtet es als nicht notwendig, ein Mobilitätskonzept für das Buchholz aufzuzeigen, was eigentlich das Anliegen dieses Postulats war. Stattdessen listet er einige einzelne Punkte auf, wie der Verkehr heute abgewickelt wird:*

Beim Langsamverkehr ist es tatsächlich so, dass bei den Sportanlagen genügend Veloabstellplätze vorhanden sind. Der einzige Anlass, bei dem aus meiner Erfahrung alle Veloabstellplätze besetzt sind, ist „die schnällscht Uschtermer Schuelklass“. Ansonsten ist es einfach so, dass viele Nutzer ihre Velos wild abstellen. Kennen sie die Abstellplätze unter der Tribüne nicht – man kann sie nämlich mangels Signalisation nicht so einfach finden – oder ist es einfach Bequemlichkeit? Jedenfalls könnte eine klare Signalisation eine Verbesserung bringen. Warten wir ab, was mit der Sanierung des Hallenbades wirklich gemacht wird.

Eine weitere Verbesserung beim Langsamverkehr würde bereits im Zentrum der Stadt Uster beginnen, indem Uster endlich ein Fussgängerwegleitungssystem einführen würde.

Beim öffentlichen Verkehr erhalten wir mit der Antwort den Eindruck, dass man einfach keine Verbesserung will. Die Forderung einer Direktverbindung vom Bahnhof zu den Sportanlagen im Rahmen des Fahrplanprojektes 2016/2017 wurde von einer Privatperson gestellt und von der Stadt Uster im Stadtratsbeschluss Nr. 156, welcher die Änderungsbegehren der Bevölkerung behandelt, nicht wirklich mitgetragen. Dass dies dann von der regionalen Verkehrskonferenz abgelehnt wurde, erstaunt deshalb nicht. In der Postulatsantwort ist formuliert, dass ein neuer Antrag auf den Fahrplanwechsel Dezember 2017 eingereicht werden müsste. Wenn ein Wille dahinterstecken würde, hätte der Stadtrat hier eine verbindlichere Aussage gemacht.

Dass die Parkplätze für den Individualverkehr mit einem Schrankensystem ausgestattet werden sollen und damit einfach zu bewirtschaften sein werden, begrüssen wir. Klar für uns ist, dass die Gebührenpflicht während der Dauer der Öffnungszeiten der Anlagen gelten muss. Ansonsten wird damit keine lenkende Wirkung erreicht. Und wenn man die Studie von EBP und die Baubewilligung der Kletterhalle betrachtet, geht man davon aus, dass der minimale Parkplatzbedarf bei der Erstellung sogar noch um 30 % unterschritten werden kann. Sowas funktioniert nur bei wirklich guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Zudem werden als Ausweichflächen der Parkplatz beim Schützenhaus und der Trendsportplatz erwähnt. Der Trendsportplatz ist aber gemäss Homepage der Stadt für die Jugendlichen zu jeder Zeit frei zugänglich. Bei richtigem Hudelwetter mag dies ja als absolute Ausnahme mal gehen. Aus eigener Beobachtung wurde dies aber im Jahr 2015 mehrfach gehandhabt, auch bei schönem Wetter. Von Ausnahme kann man fast nicht mehr sprechen.

Zum Thema Grossveranstaltungen fällt dem Stadtrat nur ein, dass Verkehrskadetten aufzubieten sind und eben der Trendsportplatz und sogar die Gschwaderstrasse für die Parkierung erhalten müssen. Auf die Möglichkeit von Pendelbussen oder anderen Anreizsystemen, die die Veranstalter von Grossanlässen anbieten könnten, geht der Stadtrat in seiner Antwort gar nicht ein. Das Einbahnverkehrssystem auf der Gschwaderstrasse wird vermutlich doch mehr zum Einsatz kommen, als die erwähnten 10 Mal pro Jahr, denn die Signalisation ist seit mehreren Wochen vor Ort schon fast fix deponiert.

Wir verzichten trotz unserer Unzufriedenheit auf die Forderung nach einem Ergänzungsbericht. Denn wie Stadtrat Thomas Kübler hier bei anderen Postulaten bereits erwähnt hat: Man kann mit einem Ergänzungsbericht die Meinung des Stadtrates nicht ändern. Wir werden uns aber mit weiteren konkreten Vorstössen mit verbindlicherem Charakter der Verkehrssituation im Buchholz annehmen.

Für die SP-Fraktion referiert Karin **Niedermann** (SP): *Ich kann dem nur nachdoppeln, was wir bis jetzt gehört haben. Die SP-Fraktion ist von der Antwort des Stadtrates zum Postulat Multisportives Buchholz multimobil enttäuscht und wird den Antrag ablehnen.*

Die zunehmend intensive Nutzung des Buchholzareals mit den verschiedenen Sportstätten ist unbestritten. Das grössere Hallenbad und die Etablierung der Kletterhalle in diesem Gebiet werden diese Entwicklung weiter vorantreiben.

Es ist lobenswert, dass der Stadtrat die Anbindung an den Langsamverkehr betont und ich freue mich zu wissen, dass ich mein Velo problemlos werde parkieren können. Wie viele der Hallenbad- oder Sportanlagen-Besucher aber wohnen in Uster und so nahe, dass es für sie selbstverständlich ist – oder sein sollte –, das Velo zu benützen? Würden sie das aber auch bei Schnee und Eis wie jetzt gerade tun? Oder dann eben doch lieber ins warme Auto steigen?

Es werden auf den diversen Anlagen Wettkämpfe durchgeführt werden – da liegt es auf der Hand, dass viele der Sportler und Sportlerinnen von auswärts kommen – glauben Sie, sie tun das mit dem Velo?

Sie könnten natürlich mit dem öV kommen. Aus eigener Erfahrung und der meiner Kinder weiss ich, dass man üblicherweise individuell oder in Gruppen mit dem Auto anreist.

Eine Gehdistanz von 300-500 Metern zur Haltestelle ist nicht einladend, immerhin fast ein halber Kilometer, 5-7 Minuten zügiges Gehen; man könnte natürlich grad den richtigen Bus nehmen, aber der fährt am Wochenende nur alle 60 Minuten zum Sportzentrum – aber vielleicht lässt sich's ja in den neuen Bushäuschen bequem und kurzweilig warten...? Oder halt doch besser grad das praktische Auto nehmen?

Das Problem hat der Stadtrat sehr wohl erkannt, im Bericht stellt er nämlich fest: ...die Sportanlage Buchholz ist gut, aber nicht optimal an den öffentlichen Verkehr angeschlossen.

Gut ist in diesem Fall nicht gut genug. Uster ist hervorragend mit der S-Bahn verbunden – aber damit der öV tatsächlich eine optimale Position im Verkehrskonzept fürs Buchholzareal hat, muss diese Anbindung doch im Ortsverkehr weitergeführt werden. – die vielen ‚hätte‘ und ‚müsste‘ die der Stadtrat in seiner Antwort formuliert und die mit einer Verbesserung verbundenen Kosten lassen grosse Zweifel offen, ob der Stadtrat im Fahrplanverfahren für Dezember 2017 entsprechende Anträge stellen oder unterstützen wird. Dieses Begehren wurde übrigens schon 2007 hier im Saal diskutiert. Geschehen ist noch nichts.

Wir erwarten also vom Stadtrat, dass er die entsprechenden Anträge rechtzeitig stellt.

Sorgen machen wir uns nicht wegen der paar Grossveranstaltungen, sondern wegen des alltäglichen Verkehrs, speziell an den Wochenenden.

Wir hätten vom Stadtrat ein proaktiveres, mutigeres und konsequenteres Eintreten für den öffentlichen Verkehr im zunehmend stark frequentierten Buchholzareal erwartet.

Immerhin ist eine Parkplatzbewirtschaftung vorgesehen. Aber wenn die einzige Lösung immer nur Parkplatzausbau heisst, dann ist dies doch zu kurz gedacht.

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Thomas **Kübler**, weist darauf hin, dass mit einem Postulat nicht alles gefordert werden kann. Für eine neue Buslinie zum Beispiel braucht es einen Bedürfnisnachweis. Das Einrichten eines Pendelbusses ist sehr teuer. Wir sind der Meinung, dass die damit gewünschte Umlagerung nicht erreicht werden kann. Für diese Erhebung braucht es externe Fachleute, die entsprechende Kosten auslösen werden. Wenn Sie einem Ergänzungsbericht zustimmen, werden wir einen Kreditantrag stellen.

Balthasar **Thalmann** (SP) kann nur auf neun Jahre als Gemeinderat zurückgreifen, wenn es um das Buskonzept geht. Der Stadtrat hatte dafür genügend Zeit. Die Postulatsantwort wäre nichts anderes gewesen für einen Steilpass, hier entsprechend über die Umsetzung des Buskonzepts zu berichten. Somit ist den letzten neun Jahren nicht viel geschehen.

Jürg **Gösken** (parteilos): Wenn ich Thomas Küblers Stellungnahme richtig verstanden habe, dann würden nur externe Sachverständige Massnahmen in einem Mobilitätskonzept bewerten können, welche bei der Beantwortung des Postulats nicht beigezogen wurden. Der Stadtrat konnte aber ohne Beizug von Sachverständigen entscheiden, dass ein Mobilitätskonzept nicht erforderlich sei. - Kein Kommentar!

Markus **Wanner** (SP): Der Stadtrat hat den möglichen Weg aufgezeigt. Wenn Sie zweifeln, stimmen Sie jetzt dem Antrag für einen Ergänzungsbericht zu.

Stadtrat Cla **Famos** lehnt einen Ergänzungsbericht ab, denn bei einer Sportanlage dürfte ein Fussweg von 300 Metern zumutbar sein. Der Stadtrat erstellt mehr Parkplätze auf Grund baurechtlicher Vorschriften, insbesondere für das Hallenbad. Eine Erschliessung mit einer Buslinie zum Hallenbad würde zu jährlichen Kosten von CHF 420'000 führen. Dabei sind die Baukosten für die Haltestelle noch nicht enthalten. Trotz aller Bemühungen verwenden viele Leute das Auto. Diesen inneren Widerspruch kann auch der Stadtrat nicht auflösen. Die aktuelle Anbindung ist gut mit dem öV, sie ist nicht sehr gut.

Ursula **Räublin** (Grünliberale) weist darauf hin, dass der erste Vorstoss dazu in Form einer Leistungsmotion bereits heute eingereicht worden ist.

Anita **Borer** (SVP): Im Buchholz trainieren Sportler und Sportlerinnen, die sich damit auch aufwärmen könnten. Die Verbindungen sind nicht schlecht. Was haben wir denn für Luxusprobleme, wenn wir uns an der heutigen Lösung stören?

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Präsident Thomas **Wüthrich**: Wir stimmen zuerst über Zustimmung oder Ablehnung ab. Bei Ablehnung kann der Gemeinderat über einen allfälligen Ergänzungsbericht abstimmen. Ich stelle fest, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 21:14 Stimmen:

1. Dem Bericht und Antrag des Stadtrates wird zugestimmt. Damit ist das Postulat 526/2015 erledigt.
2. Mitteilung an den Stadtrat.

12 Postulat 538/2015 von Walter Meier (EVP), Mary Rauber (EVP), Ursula Räuftlin (Grünliberale), Wolfgang Harder (CVP) und Ivo Koller (BDP): Kunststoffabfälle separat sammeln

Das Geschäft wird auf 8. Februar 2016 vertagt.

13 Postulat 539/2015 von Balthasar Thalmann (SP): Klärung der Zukunft des Areals Stadthofsaal

Das Geschäft wird auf 8. Februar 2016 vertagt.

14 Postulat 541/2015 von Daniel Pellegrini (FDP): Versicherungsleistungen gemeinsam mit anderen Gemeinden einkaufen

Das Geschäft wird auf 8. Februar 2016 vertagt.

15 Kenntnismnahmen

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

543/2015

Anfrage von Mary Rauber (EVP) vom 26. November 2015:

Private Unterbringungen von Flüchtlingen und Koordination freiwilliger Hilfe

546/2015

Anfrage von Paul Stopper (BPU) vom 16. Dezember 2015:

Rechtliche Fragen zu den Krediten für den Umbau des Landwirtschaftlichen Betriebes Dietersrain und für den Radweg nach Freudwil

547/2015

Anfrage von Rudolf Locher (FDP) vom 23. Dezember 2015:

Samstag-Markt in Uster

548/2016

Anfrage von Patricio Frei (Grüne) vom 8. Januar 2016:

Fragen zur Ustermer Sozialhilfe

549/2016

Anfrage von Balthasar Thalmann (SP) vom 10. Januar 2016:

Stand Umsetzung Entwicklung Zeughausareal Phase 5

550/2016

Anfrage von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU) vom 13. Januar 2016:

Aus- und Umbaumöglichkeiten des Stadthofsaales an heutiger Lage unter Einbezug des ehemaligen Swisscom-Gebäudes und einer Neugestaltung der Theaterstrasse zu einer autofreien Flanierzone

551/2016

Anfrage von Werner Kessler (BPU) vom 12. Januar 2016:

Asylgesuche, Angaben zur Herkunft

552/2016

Anfrage von Paul Stopper (BPU) vom 11. Januar 2016:

Akteneinsicht in Zeughaus-Akten 2006-2009 und Planungs-Kosten für das Zeughaus-Areal

553/2016

Anfrage von Silvio Foiera (EDU) vom 6. Januar 2016:

Dokument-Daten-Austausch-Plattform der Stadt Uster

554/2016

Anfrage von Silvio Foiera (EDU) vom 6. Januar 2016:

Open-Data-Strategie der Stadt Uster

Der Stadtrat hat folgende Anfragen beantwortet:

536/2015

Anfrage von Meret Schneider (Grüne):

Eschenbüel

(Stadtratsbeschluss vom 3. November 2015)

537/2015

Anfrage von Richard Sägesser (FDP) vom 31. August 2015:

Grundstückpolitik Stadt Uster

(Stadtratsbeschluss vom 17. November 2015)

540/2015

Anfrage von Balthasar Thalmann (SP):

Kiesabbau im Hardwald

(Stadtratsbeschluss vom 1. Dezember 2015)

Ich bitte die Mitglieder der Geschäftsleitung, am Schluss der Sitzung kurz hier zu bleiben, damit wir einen Termin für die nächste Sitzung der Geschäftsleitung vereinbaren können.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 8. Februar 2016, bis 22 Uhr statt.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

25.1.2016

Der Präsident
Thomas Wüthrich

Datum

Die Stimmenzähler

Jürg Gösken

Richard Sägesser

Theo Zwald